

Am vergangenen Freitag meldete der „Bericht aus Berlin“ als Ergebnis der aktuellen Umfrage im Rahmen des Deutschland Trend: „Knappe Mehrheit gegen Reformstopp“. Einige Zeitungen, die zusammen mit der ARD diese Umfragen finanzieren, überschrieben ihre Artikel und Berichte am Samstag, den 4.9. z. B. mit „Mehrheit will Reformkurs fortsetzen. - Verschiebung der Gesundheitsreform stößt auf Ablehnung.“ (FR) oder „Mehrheit der Deutschen gegen Reformstopp“ (Die Rheinpfalz). 54% wollten „weitere Reformen so schnell wie möglich angehen“, hieß es in der entsprechenden Graphik mit der Überschrift „Weitere Reformen“.

Man reibt sich die Augen und wundert sich. Man wundert sich nicht mehr, wenn man sich die Formulierung der Frage anschaut, die den Befragten vorgelegt worden war. Sie lautet: „Die Bundesregierung hat weitere Reformenprojekte wie die so genannte Bürgerversicherung und die Zusatzversicherung für den Zahnersatz auf die Zeit nach der Bundestagswahl 2006 verschoben. Finden Sie diese Verschiebung richtig oder sollten weitere Reformen der Sozialsysteme so schnell wie möglich angegangen werden?“

Das ist ein Meisterstück an manipulierender Fragestellung. Mit der Frage werden gleich mehrere, auch gegenläufige Zielgruppen eingefangen: jene wirtschaftsnahen Zeitgenossen z. B., die die beabsichtigte Ausgliederung des Zahnersatzes in eine Zusatzversicherung gut finden; und jene Rot-Grün-Wähler, die sich von der Bürgerversicherung eine Art Wiedergutmachung für die bisherigen vor allem die Schwächeren belastenden Reformen versprechen; und jene z. B., die auf jede Verschiebung einer politischen Tat auf die Zeit nach einer Wahl unabhängig vom Inhalt misstrauisch reagieren; und dann noch jene, die eine Politik, die etwas „so schnell wie möglich angeht“, immer gut finden. - Angesichts dieses Sammelsuriums in der Fragestellung ist es ein Wunder, dass nur 54% und nicht 60 oder 70% zustimmen.

Die Formulierung der Frage ist sozialwissenschaftlich betrachtet eine Grotteske. Sie ist offenbar ein Hilfsmittel der angelaufenen Kampagne von Bundesregierung, Koalition und Opposition, die Strukturreformen besser zu vermitteln. Dass sich der Bericht aus Berlin und die mitwirkenden Zeitungen dafür hergeben, ist schlicht traurig.

P.S.: Es ist nicht auszuschließen, dass auch ohne manipulierende Fragestellungen bei Umfragen der Widerstand gegen die Reformen kleiner wird. Alles andere wäre verwunderlich angesichts der geschlossenen Front von Rot-Grün, Schwarz-Gelb, Wirtschaft, Mehrheit der Medien und Wissenschaft. Dennoch, da ihre Position sachlich so schwach ist und die Erfahrung der Menschen ihnen entgegen steht, wird die „Vermittlung“ schwer werden - trotz großer finanzieller Mittel und rücksichtloser Agitation wie z.B. der Mobilisierung der Verkäuferin als Steuerzahlerin gegen die von ihr ausgehaltenen

Arbeitslosenhilfebezieher